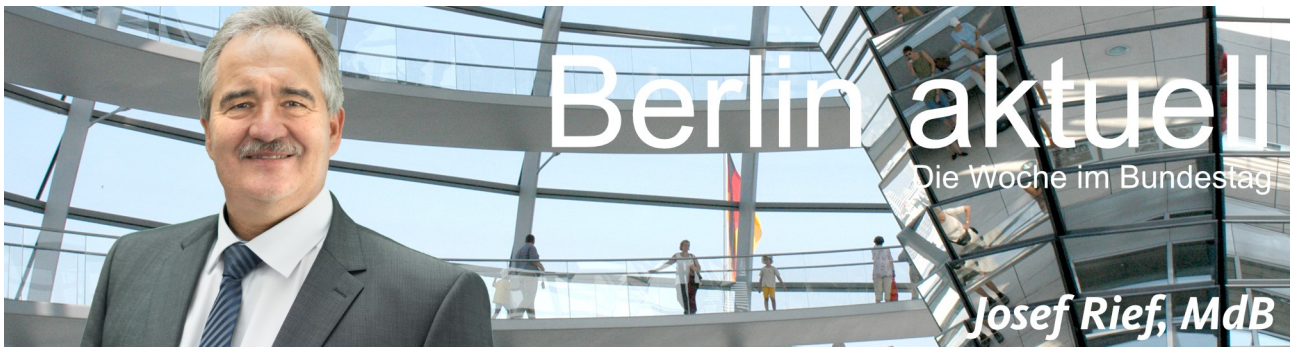

Atompolitik: CDU/CSU verlangt Kurskorrektur!

Sichere Kernkraftwerke in Deutschland wieder hochfahren

Die CDU/CSU-Fraktion hat die Ampel zu einer Kurskorrektor in der Atompolitik aufgefordert. In einer aktuellen Stunde des Bundestages verlangte Fraktionsvize Steffen Bilger, die verbliebenen Kernkraftwerke wieder hochzufahren und bis mindestens Ende 2024 laufen zu lassen. Außerdem müsse ein Rückbaumoratorium verhängt werden.

„Ihre Politik ist unverantwortlich und unglaubwürdig, was den Klimaschutz anbelangt“, sagte Bilger. Aus reiner Grüner Ideologie seien die letzten drei Kernkraftwerke am 15. April abgeschaltet worden, obwohl sie einwandfrei liefen. Die Situation auf dem Strommarkt sei aber nach wie vor ernst, die Energiekrise noch nicht gebannt. Mit dem Atomausstieg sei die Koalition verantwortlich für eine ungesicherte Energieversorgung und höhere Strompreise, für mehr CO2-Ausstoß und eine größere Abhängigkeit vom Ausland.

Fraktionsvize Steffen Bilger im Plenum

Julia Klöckner warf einen Blick ins Ausland, wo neue Atomkraftwerke gebaut werden, Laufzeiten verlängert und Beschlüsse zur Abschaltung rückgängig gemacht werden. Das einzige Land, das mitten in einer Energiekrise aus der Kernkraft aussteige, sei Deutschland, kritisierte die wirtschaftspolitische Sprecherin **Seite 2**

Gespräche mit Rheinmetall

Beim Parlamentarischen Abend von Rheinmetall, einem der weltweit wichtigsten Hersteller der Verteidigungsindustrie, sprach Josef Rief mit dem Vorstandsvorsitzenden Armin Papperger über die Herausforderungen der aktuellen Situation. Thema war wie bereits in einem vorherigen Gespräch zu Beginn des Jahres die schleppende Bestellpolitik der Bundesregierung beim Sondervermögen der Bundeswehr und die Einbindung der deutschen Industrie bei der Hilfe für die Verteidigung der Ukraine.

Josef Rief ist Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages, der über jede Verteidigungsausgabe, die über 25 Mio. Euro kostet, entscheiden muss. Die Firma Rheinmetall war u.a. maßgeblich an der Entwicklung und Produktion des Leopard 2 beteiligt und ist heute an vielen deutschen und europäischen Projekten beteiligt.■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

21.04.2023

Fortsetzung von Seite 1

und stellte die „Weisheit“ der Ampel-Entscheidung in Frage. „Das Ausland schüttelt nur noch den Kopf über uns“, sagte sie.

Als modernen Kolonialismus bezeichnete Klöckner es, dass Deutschland Atomstrom aus dem Ausland importiere, während es sich selbst nicht die Finger schmutzig machen wolle. Der CSU-Abgeordnete Andreas Lenz findet diese Politik der Ampel grotesk: Ausstieg aus der Kernkraft und Einfuhr von Atomstrom passe nicht zusammen – zumal die deutschen Nuklearanlagen zu den sichersten weltweit gehörten.

Die Abschaltung der Kernkraftwerke und deren Rückbau nannte Klöckner eine „immense Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte“. Auch der Verzicht auf die Atomforschung hierzulande sei unverantwortlich. Dies und hohe Strompreise beförderten die Abwanderung von Industrieunternehmen. Deutschland als Industriestandort könne auf Nuklearforschung nicht verzichten, meinte Bilger: „Wir müssen an der Spitze sein und nicht aussteigen.“ ■

Ampel verursacht „Chaos bei der Wärmewende“

Jens Spahn und Andreas Jung haben den Gesetzentwurf der Ampel für den Austausch klimaschädlicher Heizungen heftig kritisiert. Nach ihrer Ansicht fehlen vor allem Technologieoffenheit und klare Förderregeln. „Das schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Spahn.

„Klimaneutralität 2045 heißt natürlich auch klimaneutrales Heizen“, betonte der klimapolitische Sprecher Jung. Man könne die Wärmewende aber nicht mit der Brechstange herbeiführen, sondern müsse die Menschen dabei mitnehmen. So müsse es „gleiches Recht für alle Ökoheizungen“ geben, forderte er. Einseitig auf die Wärmepumpe zu setzen, helfe nicht. „Wir brauchen die ganze Breite“ klimafreundlicher Lösungen – von Wasserstoff über Holzpellets bis zu Wärmenetzen. Für diese Alternativen schraube die Regierung die Anforderungen jedoch unerfüllbar hoch.

Spahn sprach von einem „Wärmepumpen-Fetisch“, dem die Ampel huldige. Es gehe aber um Klimaneutralität als Ziel und nicht um eine einzelne Ideologie. Der Fraktionsvize warnte vor den enormen Kosten, die auf Eigenheimbesitzer und Mieter beim Heizungsaustausch und der Dämmung zukommen. Bis heute wüssten sie nicht, auf welche Förderung sie hoffen dürften. Das führe zu enormer Verunsicherung bei den Menschen.

„Wir wollen eine Wärmewende, die die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt“, sagte Spahn. Dazu gehörten Technologieoffenheit und klare Förderregeln, aber auch realistische Fristen. Nach dem Willen der Ampel soll das Gesetz schon ab dem 1. Januar 2024 gelten.

Jung und Spahn boten der Ampel weiterhin Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Wärmewende an. In der vorliegenden Form sei das Gesetz aber nicht zustimmungsfähig. „Wir werden alles dafür tun, dass dieses Gesetz so nicht kommt“, sagte Spahn. Er wies darauf hin, dass innerhalb der Koalition auch die FDP schon Bedenken angemeldet hat. ■

Gleich zwei Schulen aus dem Kreis Biberach waren in dieser Woche zu Besuch im Bundestag bei Josef Rief. Aus Riefs Nachbargemeinde Erolzheim kam die 9. Klasse der Realschule. Vom Progymnasium Bad Schussenried waren die Klassenstufen 9 und 10 in Berlin zu Gast. Rief freute sich über die angeregte Diskussion mit den beiden Gruppen und über die Gelegenheit zu erfahren, welche Themen die Schülerinnen und Schüler gerade bewegen. Im Anschluss zeigte er den Besuchern jeweils die Gebäude des Bundestages. ■